

Gleichstellungspolitik reicht nicht aus

Gedanken zum heutigen Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen

Yvonne Ploetz und Cornelia Möhring

Gewalt gegen Frauen ist tagtägliche Wirklichkeit. Global und im eigenen Häuserblock. Sie trifft Frauen jeder Kultur, Hautfarbe, Einkommenshöhe und unabhängig von ihrem Bildungsstand. Viele Taten werden nicht öffentlich. Die vorliegenden Daten sind erschütternd. Laut Europarat ist familiäre Gewalt der Hauptgrund für Gesundheitsschädigungen und Tod von Frauen im Alter von 16 bis 44 Jahren. Ein Drittel aller Frauen weltweit macht Gewalterfahrungen. Sie werden geschlagen, mißbraucht, zum Sex gezwungen, gefoltert oder getötet. Am häufigsten kommt es in der Familie und im Freundeskreis zu den Übergriffen. Die Familie wird von einem Ort der Geborgenheit zu einem Ort der Angst. Gewalt im gesellschaftlichen Umfeld kommt hinzu – Mißbrauch und sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz zum Beispiel. In vielen Ländern der Welt sind politisch aktive und oppositionell engagierte Frauen staatlicher Gewalt ausgesetzt. In bewaffneten Konflikte werden sie gezielt Opfer von Vergewaltigungen, Zwangsrekrutierungen und Zwangsprostitution.

Armut, Abhängigkeit oder Marginalisierung begünstigen die Gewalt. Wer über Ungleichheit, Macht und Abhängigkeit nicht sprechen und diese nicht überwinden will, sollte deshalb auch über das Thema Gewalt gegen Frauen schweigen. Er oder sie vereinzelt Gewaltereignisse, thematisiert nicht ihre Systematik und kann deren Wurzeln nicht beseitigen.

Strukturen selbst besitzen einen Gewaltcharakter. Bei dieser »strukturellen Gewalt« geht es um die Verhältnisse, Institutionen sowie Denk- und Verhaltensweisen, die Menschen schädigen und behindern. Sie werden mangelhaft ausgebildet, verlieren ihre Arbeit, hungern, werden von der Gesundheitsversorgung oder von Kulturgütern abgeschnitten oder lebensnotwendiger Güter wie etwa dem Wasser beraubt. Es sind die sozialen Bedingungen selbst, die Menschen in ihren Handlungs- und Entfaltungsmöglichkeiten beschränken. Diese sozialen Bedingungen müssen verändert werden, um Gewalt zu überwinden.

Wollte der »alte Feminismus« noch alle Diskriminierungs-, Herrschafts- und Abhängigkeitsformen über eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse überwinden, so hat in den letzten 20 Jahren eine andere Zielstellung die Oberhand gewonnen. Emanzipation wird auf Gleichstellung reduziert. Man will Marktzugangsbedingungen von Frauen verbessern, eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie schaffen, ungleiche Bezahlung überwinden oder Positionen in den Aufsichtsräten von DAX-Unternehmen oder Professuren an den Hochschulen für Frauen öffnen. Das ist richtig und vordringlich. Hier geht es aber nur um die Förderung relativ privilegierter Frauen, um weiße Mittelklassefrauen aus dem globalen Norden. Diese Politik individualisiert physische, aber auch strukturelle Gewalt. Es geht um

Posten in einer Fakultät oder einem Aufsichtsrat, nicht um etwas allgemein Gesellschaftliches.

Die Gewalttätigkeit der Verhältnisse ist so nur noch begrenzt Gegenstand der Auseinandersetzung. Es gerät aus dem Blick, daß ein verselbständigter und freier Markt Menschen schädigt, daß er bestehende Diskriminierungen und Abhängigkeiten verfestigt. Märkte sind weder herrschaftsfrei noch natürlich.

Seit einigen Jahren erleben wir in der BRD eine massive Aufwertung von Hausarbeit, Bürgerarbeit, freiwilliger sozialer Arbeit und einer informellen Ökonomie. Die Erstellung sozialer und infrastruktureller Produktionsvoraussetzungen wird auf diese Weise neu organisiert. Die entsprechenden Arbeiten werden vor allem von Frauen ausgeübt. Die Kapitalien verbessern ihre Verwertungsbedingungen, die seit den 1970ern in der Krise stecken, auf Kosten von Frauen, indem sie wichtige Arbeit auf schlecht- oder nichtbezahlte Arbeitsverhältnisse abwälzen. Die Arbeit von Frauen wird sozial peripherisiert. Die sogenannte Gleichstellungspolitik kritisiert aber weder den Neoliberalismus noch die Globalisierung. Will Frauenpolitik auch strukturelle Gewalt gegen Frauen bekämpfen, muß sie diese Kritik unweigerlich üben.

Yvonne Ploetz und Cornelia Möhring sitzen für die Partei Die Linke im Bundestag. Cornelia Möhring ist frauenpolitische Sprecherin der Fraktion